

Open Source Software in der öffentlichen Verwaltung

Damit das Rathaus nicht zur „Black Box“ wird

Wie funktioniert das Einwohnermeldewesen meiner Stadt? Wie werden meine Steuern berechnet? Wie verarbeitet das Ordnungsamt meine Daten? Zum Recht der mündigen Bürgerin und des mündigen Bürgers als Souverän gehört, dass sie Einblick in den Ablauf der Verwaltung erhalten können. Hierunter fällt auch, dass sie sich über die Funktionsweise von Verwaltungssoftware informieren können.

Christian Nähle

Eine unabhängige Antwort auf Fragen wie die eingangs gestellten ist wichtig. Und auch bei Software gilt der gesellschaftstragende Grundsatz, dass Transparenz etwaigen Partikularinteressen vorbeugt und Vertrauen schafft. Die Funktionsweise von Software des öffentlichen

Open Source Software, also Software, deren Quellcode öffentlich einsehbar ist, ist die einzige Garantie dafür, dass ein Programm auch wirklich nur (!) das tut, was es tun soll! Auch wenn ein Missbrauch der aktuell verwandten Closed Source Software nicht befürchtet werden

muss deshalb grundsätzlich quelloffen sein, um das Verwaltungshandeln auch technisch auf eine feste demokratische Grundlage zu stellen.

Automatisierung erfordert Transparenz

Die Kluft zwischen demokratisch „idealen“ Grundsätzen und der Funktionsweise von Closed Source Software besteht zwar schon seit mehreren Jahrzehnten, nur wird sich diese Diskrepanz immer stärker auf die Gesamtgesellschaft auswirken. Denn immer mehr Dienstleistungen verlagern sich weg von einer Mensch-zu-Mensch-Interaktion hin zum automatisierten Dialog. Nicht nur, dass immer mehr Bücher im Internet gekauft und Reisen online gebucht werden. Auch der Kontakt zwischen Bevölkerung und Verwaltung wird zunehmend über Computerprogramme bewerkstelligt: den Personalausweis beantragen, die Zoo-Jahreskarte verlängern, den BürgerInnenhaushalt mitdiskutieren – die Liste der Beispiele ließe sich umfassend verlängern. Es geht also bei weitem nicht „nur“ darum, wie das Einwohnermeldeamt mit unseren Daten umgeht.

Je mehr digitale Daten verwaltungsintern und online bearbeitet werden, desto wichtiger wird der Einsatz von Open Source – also quelloffener – Software. Nur so können sachkundige BürgerInnen stets konkret nachvollziehen, in welcher Weise ihre Verwaltung IT einsetzt. Quelloffene Computersysteme sind somit eine Voraussetzung dafür, dass Verwaltung durch ihre vermehrt automatisierte Funk-



So sah die analoge Datenverarbeitung in der Kommunalverwaltung früher ausschließlich aus: Was steht in der Akte? Und auf welchem Schreibtisch liegt sie gerade?

Foto: Silke Kaiser / pixelio.de

Dienstes muss in einer demokratischen Gesellschaft folglich für unabhängige, sachverständige Dritte zur ergänzenden Kontrolle nachvollziehbar sein – ähnlich wie bei Gesetzestexten – und darf nicht, wie aktuell nahezu flächendeckend praktiziert, der demokratischen Öffentlichkeit entzogen werden.

muss, so ist Open Source Software doch die einzige Möglichkeit, Missbrauch tatsächlich auch zu verhindern. Einschränkungen der Transparenz und der bürgerschaftlichen Kontrollmöglichkeiten können an anderer Stelle auch nicht ausgeglichen werden! Software, die in der öffentlichen Verwaltung eingesetzt wird,



Datenverarbeitung heute: Was macht das Programm nun schon wieder?

Foto: Silke Kaiser / pixelio.de

tionsweise nicht in einer technischen „Black Box“ mündet!

Keine Monopole beim digitalen Lernen und Arbeiten

Da die Verwendung von Software auch das Nutzen von Dateiformaten einschließt, müssen die beschriebenen Prinzipien hierauf ebenfalls übertragbar sein. Hier spricht man dann nicht von „open source“, sondern von „Offenen Standards“. Offene Standards sind Standards, die für alle Nutzergruppen besonders leicht zugänglich, weiterentwickelbar und einsetzbar sind. Dies bedeutet, dass keine Bürgerin, kein Bürger, keine Behörden und keine Unternehmen dazu gedrängt werden, Software eines bestimmten Herstellers zu erwerben, nur um Dokumente der öffentlichen Verwaltung lesen zu können bzw. kommunikative Anbindung an die öffentliche Verwaltung zu erhalten.

Heute hat Software in der öffentlichen Verwaltung selten diesen freiheitlichen Standard. Beispielsweise ist es heute gängig, dass eine öffentliche Schule Closed Source Produkte der Firma Microsoft verwendet, wie das Schreibprogramm Word und das Tabellenkalkulationsprogramm Excel. Die SchülerInnen werden dadurch

indirekt dazu gedrängt, zu Hause ebenfalls Produkte der Firma Microsoft zu nutzen, um ihre Dateien aus der Schule korrekt öffnen zu können bzw. ihre Dateien von zu Hause in der Schule. Unser Nachwuchs kann also keine Software seiner Wahl verwenden. Dies monopolisiert das digitale Lernen und Arbeiten unserer nächsten Generation.

Offene Standards unterliegen zudem keinen gewerblichen Schutzrechten. D.h. es kann kein Monopol auf diese Standards geben. Dies ist entscheidend, denn der Inhaber eines Monopols auf einen Standard kann den Datenaustausch auf rechtlichem Wege einschränken, indem er ihn nur für eine gewisse Gruppe von Lizenznehmern erlaubt – dies bedeutet einen demokratisch nicht kontrollierbaren Machtvorsprung. Durch Offene Standards leistet die öffentliche Verwaltung folglich Daseinsfürsorge für freie digitale Kommunikation.

Open Source Software sichert BürgerInnenrechte

Open Source Software muss von der öffentlichen Verwaltung gefördert werden, um die zunehmende Digitalisierung der Verwaltung transparent zu gestalten und

durch Offene Standards die niederschwellige Partizipation der Bürgerschaft an der Verwaltung sicherzustellen. Hierzu muss die öffentliche Verwaltung Open Source Software gegenüber Closed Source Software konsequent priorisieren.

Dabei darf nicht verkannt werden, dass die Softwarearchitektur jeder öffentlichen Verwaltung hochkomplex und in der Regel historisch gewachsen ist. Daher ist es herausfordernd, lenkend in diese Struktur einzugreifen. Die Mühe sollte man jedoch nicht scheuen: Open Source Software ist unersetzlich, um BürgerInnenrechte ins digitale Zeitalter zu übersetzen und eine öffentliche Daseinsfürsorge für Software zu verantworten, die für unsere Informationsgesellschaft so elementar ist, wie Wasser zum Leben. Darüber hinaus wohnt Open Source Software langfristig ein beträchtliches finanzielles Einsparpotenzial inne.

Anmerkung

Eine umfassende Ausarbeitung zum Thema kann gerne beim Autor per E-Mail angefragt werden.

➔ Christian Nähle ist Verwaltungsmitarbeiter der Stadt Dortmund und Sprecher der Grünen Betriebsgruppe der Stadt Dortmund.

Kontakt: gruenebetriebsgruppestadtdo@gruene-dortmund.de.